

Labaf Arbeiter

Organ des
Deutschen Labafarbeiter-Verbandes

Erscheint Sonnabends. Redaktionschluss
Montags. Bezugspreis monatlich 40
ohne Bringerlohn. Einzelhefte 25
für die sechsgeheftene Halbjahreszeit.
Redaktion, Expedition, Verlag: Bremen,
Am der Weide 20. Tel. Domsheide 2 07 80

Schriftleitung: Ferdinand Dahme. Ver-
antwortlich: für den redaktionellen Teil
Heinrich Borag, für die Anzeigen Oswald
Franz. Verlag: Deutscher Labafarbeiter-
Verband, Ferdinand Husung. Druck: J. G.
Schmalzriedt & Co. Schmalz in Bremen

Nummer 36

Bremen, 3. September

Jahrgang 1932

Risikolose Unternehmer

In dem Politisch-gewerkschaftlichen Rettungsdienst, der zu den christlichen Gewerkschaften in Beziehungen steht, schreibt Dr. Werner Deiters zu den Zusammenbrüchen in letzter Zeit:

Die Direktoren der Frankfurter Allgemeinen Versicherungsgesellschaft sind z. B. so gut abgefunden worden, daß ihre restlichen Vermögensteile sie vor dem Neuherten schützen. Der Aufsichtsrat wurde seinerzeit nicht einmal regreßpflichtig gemacht, ja, der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende Bodenheimer, der von der ehemaligen Danabank entsandt wurde, ist auch heute noch angesehener Direktor der neugegründeten Dresdner Bank. Im Falle Schultheiß-Pahenhofer-Brauerei sind zwar Rahenellenbogen und Penzlin zu Gefängnis- und Geldstrafen verurteilt worden, ein Regreß hat aber nicht stattgefunden. Die Sanierung wurde, wie in so vielen Fällen, davon abhängig gemacht, daß ein Regreßanspruch an Aufsichtsrat und Vorstand unterblieb. Rahenellenbogen bewohnt noch seine Villa am Wannsee, die Direktoren Sobernheim und Funke sind einstweilen noch im Amt, und Direktor Kuhlmeß soll später als Brauereifachmann in der endgültig umbesetzten Verwaltung verbleiben. Jakob Goldschmidt, der neben seinen übrigen 100 Aufsichtsratsmandaten auch noch bei Schultheiß-Pahenhofer im Aufsichtsrat saß, hat sein Vermögen retten können. Nach wie vor verfügt er über eine Stadtwohnung und über eine Villa am Wannsee. Die Gerichte gaben ihm kürzlich sogar seinen Kunstbesitz wieder frei. Ein anderes Aufsichtsratsmitglied von Schultheiß-Pahenhofer, Herr Dr. von Stauf, ist aus der Debt-Bank zwar ausgeschieden, sein Ansehen vermochte ihm aber auch im neuen Reichstag noch einen Sitz zu sichern. Reinhard von der Commerz- und Privatbank, der sicherlich nicht minder nachlässig sein Aufsichtsratsmandat bei Schultheiß-Pahenhofer wahrnahm, macht sich sogar hin und wieder recht unangenehm bemerkbar, indem er bei dem Streit der reichsseitigen Biag gegen die Ilse Bergbau A.-G. den Tschechen Pelschek unterstützt. Ueberhaupt sind die Bankiers aus den Wirtschaftskandalen sehr glimpflich herausgekommen. Herr Schröder, der durch waghalsige Kreditpolitik unzählige Millionen verpulverte, ist auch nach seinem Ausscheiden aus der Schröder-Bank Bremen wieder Teilhaber von neuen Firmen und betätigt sich eifrig an Neugründungen. Die Hirsch-Kupfer-Direktoren, die ihr Werk durch dunkle Verträge und abseitige Experimente an den Rand

des Abgrundes brachten, blieben von jeder Regreßpflicht verschont. Auch die Aufsichtsräte, darunter Wassermann von der Debt-Bank, die den Herren Siegmund Hirsch und René Schwarz blind vertrauten, haben nicht zu hasten brauchen.

Ten Hompel, der durch wahnwitzige Expansionspolitik und nutzlose Neubauten den Zementkonzern ruinierte, bewohnt eine pomp-hafte Villa und hat nach wie vor Büros im Hause des Konzerns, in denen er geschäftstätig ist und seinen Besitz an Wiking-Aktien verwaltet. Der „Nordsee“-Direktor Hans Friedrich Wriedt, der gleichfalls durch Fehl-expansionen seinen Hochseefischerei-Konzern um viele Millionen schädigte, mußte zwar sehr plötzlich abtreten, kann nun aber von seinem Vermögen behaglich in der Schweiz leben. Ähnlich dürfte es dem Generaldirektor Hebesen gehen, der durch Auftauf der gesamten Samtwerke in Deutschland die Mechanische Weberei in Linden zerstörte. Herr von Bleichert, der ebenso verantwortlich für die Fehldispositionen bei der Adolf Bleichert A.-G. in Leipzig ist wie Direktor Siede, bezog einst 200 000 M Gehalt und 75 000 M Spesen. Nach seinem Ausscheiden dürfte ihm soviel verblieben sein, daß er vom Stempelgehren verschont bleibt. Kommerzienrat Schöndorff ließ den Karstadt-Konzern todkrank zurück. Sein wirtschaftlicher Ehrgeiz läßt ihn aber auch jetzt nicht ruhen, denn er will das deutsche Volk nunmehr mit einer Einkaufsgesellschaft für Einheitspreisgeschäfte beglücken, die den schönen Namen „Sera“ tragen soll. Generalkonsul Stollwerck verbringt seine Tage als Gutsbesitzer in Bayern, und auch die übrigen Mitglieder der Familie Stollwerck können sicherlich von dem ihnen noch verbliebenen Aktienbesitz einigermaßen leben. Die Stollwerck-Aktiengesellschaft indes kann sich nicht erholen von der seinerzeit betriebenen Fehl-expansion. Wenn kürzlich die Direktoren von den Vereinigten Elektrizitätswerken Westfalen, Dr. Fischer und Dr. Krone, zu geringfügigen Gefängnisstrafen verurteilt wurden, so brauchen sie deshalb nicht zu trauern. Direktor Dr. Krone bezieht Pensionen in Höhe von etwa 2000 M monatlich, und Dr. Fischer kann als Direktor einer Treuhändergesellschaft in Remscheid mit einem schnittigen Paderwagen durch die Landschaft fahren. Und der Aufsichtsrat gar, der erst eingriff, als es viel zu spät war, hat überhaupt keinen Schaden genommen. Der Aufsichtsratsvorsitzende, Dr. Eichhoff, ist nach wie vor Oberbürgermeister von Dortmund. Etwas härter

traf das Los die Direktoren der Darmstädter Volksbank G. m. b. H. Direktor Weiler hat sich erhängt und Direktor Becker ist Versicherungsvertreter geworden. Gar nicht belangt wurde aber der Aufsichtsratsvorsitzende Nohl, der von der Kontoüberziehung der Direktoren und der leichsinnigen Kreditgewährung nichts merkte. Nach wie vor ist er Ehrensenator der Technischen Hochschule und Vorsitzender der Handwerkskammer. Direktor Otto, der die altangesehene Maschinenfabrik Kappel in Chemnitz in Grund und Boden verwirklichte, ist heute Inhaber einer Firma bei Kassel, und auch Generaldirektor Schöttler, der aus der Kasse der Hannoverschen Waggonfabrik A.-G. 100 000 M für private Spekulationen entnahm, hat keinen Strafrichter gesehen. Nicht einmal gegen die Verwaltung des Norddeutschen Lloyd ist der Staatsanwalt vorgegangen, obgleich hier der Verdacht sehr nahe liegt, daß diese Herren Aktien ihrem eigenen Werk zu unvernünftigem hohen Kursen verkauften. Die Familie Borfig hat nichts von ihrem Unternehmen eingebüßt, obgleich durch den Zusammenbruch der Firma fast 3 Millionen Reichsmark Sparguthaben der Werksangestellten verloren gingen. Sie hat beizeiten die guten Werkstücke von den schlechten Wertteilen zu trennen verstanden. Hin und wieder müssen „Wirtschaftsführer“ ins Ausland fliehen, weil der Boden allzu heiß wird. So suchte sich der Direktor der Oesterreichischen Kreditanstalt, Friedrich Ehrenfest, Lissabon als weiteres Wohnquartier und Jacob Michael nach dem Zusammenbruch seines Milch-Masch-Konzerns eine Villa im Haag zum Aufenthalt aus. Die traurigen hinterbliebenen Hypothekenbanken versuchen indes durch Zwangsbewirtschaftung der Michaelschen 58 Grundstücksverwaltungsgesellschaften zu retten, was zu retten ist. Er selbst baut in Holland eine Unternehmung, die den Chemiehandel betreibt, auf, verwaltet auch von dort aus noch sein restliches Vermögen, das er vorsichtshalber als eine Vermögensgesellschaft Erna Michael in Frankfurt in Sicherheit gebracht hat.

Dieser reichhaltigen, aber keineswegs erschöpfenden Liste haben wir nur noch das eine hinzuzufügen, daß sie von einem Manne zusammengestellt wurde, der dem Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband nahesteht. Das gibt der Sache einen besonderen Reiz und der Anklage gegen das kapitalistische System, das in den Ausführungen Deiters' enthalten ist, besondere Bedeutung.

Unterverbrauch zerstört die Wirtschaft

IAB. Als eine der wichtigsten Ursachen für die Krise wird heute weithin die Ueberproduktion angesehen. Die Technik hat es ermöglicht, daß landwirtschaftliche und industrielle Erzeugnisse in bisher nichtgekannter Fülle bereitgestellt werden können. Aber trotzdem können ungezählte Menschen nicht in den Besitz dieser Güter kommen, und die zirka 25 Millionen Arbeitslosen, die nach den Statistiken des Internationalen Arbeitsamtes in der ganzen Welt vorhanden sind, sind mehr oder minder eine „Armee des Hungers“. Diese würden ohne weiteres große Mengen der heute verfügbaren Lebensmittel und Güter aufnehmen können.

Solche Zustände haben sich in der Wirtschaftsgeschichte schon sehr häufig gezeigt und schon seit Sismondi wird besonders in Zeiten wirtschaftlicher Depression die Auffassung vertreten, daß nicht die Ueberproduktion eine Ursache der Krisis sei, sondern der Unterverbrauch. Es ist das Verdienst von Maurice Anstaug, Professor an der Universität Brüssel, erneut diese Frage in einem Aufsatz in der „Internationalen Rundschau der Arbeit“ (Augustheft) untersucht zu haben. Anstaug geht davon aus, daß der Gesamtertrag der wirtschaftlichen Tätigkeit ungleich verteilt wird. Ein Teil fließt den reicheren Schichten zu, die einen beträchtlichen Teil ihres Einkommens sparen, während der geringere Teil auf die unteren Schichten entfällt, die ihr Einkommen sofort zur Befriedigung des dringendsten Lebensbedarfs ausgeben müssen. Das geparte Einkommen wird erneut in der Wirtschaft angelegt. Dadurch werden die Produktionsmittel sowohl qualitativ wie quantitativ vermehrt, während eine entsprechende Zunahme der Verbrauchsfähigkeit der Massen nicht stattfindet. Dieser Vorgang führt daher unvermeidlich zu einer Krisis, zu Absatzmangel, Arbeitslosigkeit, Zusammenbruch vieler Betriebe und allgemeiner Verarmung. Jede Depression weist diesen tragischen Widerspruch zwischen übergroßer Produktion und unbefriedigtem Bedarf auf. Es gibt eine Fülle von Kleidung und Lebensmitteln und doch hungern die Völker und gehen in Lumpen.“

Anstaug weist sehr deutlich darauf hin, daß Ueberproduktion nicht dasselbe oder etwa nur die andere Seite des Unterverbrauchs ist; beide Erscheinungen gehen eng miteinander zusammen, sind aber völlig voneinander verschieden. Ueberproduktion bedeutet, daß Betriebe ihre Erzeugnisse nicht zu solchen Preisen verkaufen können, daß die Herstellungskosten gedeckt werden können. Bei der Theorie vom Unterverbrauch handelt es sich jedoch um die gesamte Wirtschaft und die soziale Struktur der Gesellschaft.

Um festzustellen, wie der Unterverbrauch wirtschaftszerstörend wirkt, muß man beobachten, welche Rolle er im Wirtschaftskreislauf spielt. Der Wirtschaftskreislauf beginnt mit einer Steigerung der Wirtschaftstätigkeit, wenn mehrere Voraussetzungen gleichzeitig erfüllt werden. Eine besteht darin, daß ein

gewisser Kapitalüberfluß vorhanden sein muß, was an niedrigen Zinssätzen zu erkennen ist. Sobald sich die Wirtschaft belebt, vermehren sich die Anlagemöglichkeiten für das Kapital. Es werden Schiffe gebaut, Eisenbahnen angelegt, Wohnungen errichtet, Fabriken rationalisiert usw. Es wird soviel Kapital investiert, als nur irgend möglich. Die Ersparnisse reichen nicht aus. Es werden daher auch noch Bankkredite in Anspruch genommen, und weil bei aufsteigender Konjunktur die Preise hoch sind, können die Zinsen für die Kredite ohne Schwierigkeiten gezahlt werden.

Diese ganze rege Wirtschaftstätigkeit ist aber nicht notwendigerweise durch eine tatsächliche Steigerung der Nachfrage seitens des Verbrauchs verursacht, sondern nur durch die Erwartung einer solchen Nachfrage in naher oder nächster Zeit. Als Mitte der 40er Jahre England begann, ein Eisenbahnnetz zu bauen, konnte niemand die Rentabilität dieser Bauten nachweisen. Ähnlich ging es in den letzten Jahren, als zahlreiche Automobil- oder Kunstseidenfabriken errichtet oder erweitert wurden, und sich die Erzeugung von Gummi, Weizen, Öl und Zucker ständig steigerte. Dieser Aufwärtsbewegung lagen keine genauen Berechnungen, sondern nur unbestimmte Erwartungen darüber zugrunde, daß der Verbrauch steigen würde. Heute weiß man, wie stark man sich bei diesen Schätzungen verrechnet hat. Bei dem heute bestehenden freien Wettbewerb ist die Ueberschätzung der zusätzlichen Absatzmöglichkeiten fast eine chronische Krankheit geworden. Jeder Betrieb erweitert genau so wie sein Konkurrent seine Betriebsanlagen. Wenn nun gegen Ende der Aufschwungperiode ein Kapitalmangel eintritt, so daß ein weiterer Ausbau des Produktionsapparates nicht mehr möglich ist, so beweist dies nichts gegen die Theorie vom Unterverbrauch. Der Kapitalmangel besteht nicht gemessen am wirklichen Bedarf, sondern gemessen an der Ueberschätzung des zukünftigen Verbrauchs. Das Kapital reicht also nicht aus, um die Wünsche der Unternehmer zu befriedigen.

In der Regel ist die Ursache der Krisis die übermäßige Investierung von Kapital. Die Produktions- und Finanzbetriebe rechnen mit einer baldigen Zunahme des Verbrauchs von solchem Umfang, der erst sehr viel später, vielleicht in 10 oder 20 Jahren tatsächlich eintritt. Um ihre Produktionskapazität aber jetzt schon den zukünftigen Absatzmöglichkeiten anzupassen, sind sie gezwungen, alle Faktoren der Produktion zu überanspruchern, alle Kreditquellen auszuschöpfen, die verfügbaren Ersparnisse zu benutzen, die Kohlenförderung, die Eisen-, Kupfer-, Stahlerzeugung zu beschleunigen, alle verfügbaren Arbeitskräfte anzustellen, den Arbeitstag zu verlängern und sogar in Nachtschichten arbeiten zu lassen. Die Preise für Produktionsmittel steigen, die Unkosten erhöhen sich und treiben die Verkaufspreise in die Höhe, so daß die Nachfrage nachläßt.

Die Depression ist nicht nur eine Entwicklungsstufe der Krisis, sondern auch eine Zeit, in der das Wirtschaftssystem, das durch den übertriebenen Optimismus in den Zeiten der Hochkonjunktur aus den Fugen geraten ist, wieder normal wird. Tatsächlich tritt jedoch, wie schon Robertus nachgewiesen hat, der Unterschied zwischen Kapital- und Arbeitseinkommen in der Konjunktur stärker hervor als in der Depression. In Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs steigen die Profite höher als die Löhne. Die Lohnsteigerung in Zeiten der Prosperität bedeutet keinesfalls, daß die Arbeiter auch ständig einen größeren Teil von dem Gesamtertrag der Wirtschaft erhalten haben.

Theoretisch ist das Ziel klar. Es müßte das beste Verhältnis zwischen dem Teil des Gesamteinkommens der Gemeinschaft, das für die Schaffung von Neuanlagen dienen soll und dem Teil, der dem Verbrauch an Fertigwaren zugeführt werden soll, ermittelt werden. Zinsfuß und Gewinnsschwankungen reichen nicht aus, um dieses Verhältnis zu bestimmen. Sie spiegeln häufig nur wider, inwieweit man sich allgemein über die Zukunftsaussichten in der Wirtschaft getäuscht hat. Die praktischen Schwierigkeiten werden noch durch die Schwierigkeit gesteigert, daß sich die Verbrauchsteigerung in der nächsten Zeit kaum abschätzen läßt. Man darf diese Schwierigkeiten aber auch nicht überschätzen. Ein großer Schritt nach vorwärts kann schon dadurch getan werden, daß man den Einkommensanteil der werktätigen Massen an dem Gesamtertrag der Wirtschaftstätigkeit beträchtlich erhöht. Denn dies ist das beste Mittel, um zwischen Produktion und Verbrauch ein Gleichgewicht herzustellen, eine größere Stabilität der Wirtschaft zu erreichen und die Intensität der Krisis zu verringern.

Der umgekehrte Malthus

Vor mehr als hundert Jahren hat der englische Pastor und Nationalökonom Malthus die These vertreten, daß die Menschheit leider gezwungen sei, in einer gewissen Armut zu verharren, weil die Natur nicht ergeblich genug sei, um eine wachsende Menschenzahl ausreichend zu ernähren und ihr bessere Kleidung und Wohnung zu verschaffen. Das Endergebnis dieses Jahres aus den verschiedenen europäischen Ländern deutet darauf hin, daß die Natur wiederum sehr freigiebig war. Alle Länder berichten von einer wesentlichen Steigerung der Ernte den letzten Jahren gegenüber. Malthus's Prophezeiungen sind demnach nicht getroffen und alle Menschen könnten reichlich ernährt, gut gekleidet und besser behaftet werden, wenn die Wirtschaftsordnung den Segen der Natur und des Produktionsergebnisses unter alle Menschen günstig zu verteilen in der Lage wäre.

Der neue Hauptvertrag für die Zigarettenindustrie

Vom Reichsarbeiter-Verband der deutschen Zigarettenindustrie wurden fristgemäß zum 30. Juni 1932 den am Hauptvertrag beteiligten Gewerkschaften Änderungsvorschläge zugeleitet, die zum Ziele hatten, den Hauptvertrag in wesentlichen Punkten für die Arbeitnehmer zu verschlechtern. Nachdem die beteiligten Gewerkschaften zu den Vorschlägen der Unternehmer Stellung genommen hatten, reichten auch sie ihre Änderungsvorschläge der Gegenseite ein. Ueber die Anträge der Unternehmer und die Anträge der Gewerkschaften haben wir in den Nummern 28 und 30 des „Tabak-Arbeiter“ berichtet.

Die hauptsächlichsten Forderungen der Unternehmer gingen dahin, die Höchstdauer der Ferien zu verkürzen und die Anrechnung der Branchenzugehörigkeit ganz zu beseitigen. Ebenfalls völlig gefordert sollten die Sozialleistungen werden. Bezüglich der Bestimmungen über Arbeitslöhne sollte festgelegt werden, daß nur die tatsächlich geleistete Arbeitszeit unter Ausschluß der Ansprüche aus § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches bezahlt wird. Von den Gewerkschaften wurde dagegen die Aufrechterhaltung der bisherigen Bestimmungen über Ferien, Spezialleistungen und Arbeitslohn und dazu eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden gefordert.

Zwischen den Parteien fanden nunmehr am 16. und 17. August in Berlin Verhandlungen über den Neuabschluß eines Manteltarifvertrages statt. Die Verhandlungen gestalteten sich recht schwierig und am Abend des ersten Verhandlungstages hatte es den Anschein, als ob die Möglichkeit einer Verständigung ausgeschlossen und die Verhandlungen resultatlos verlaufen würden. Doch gelang es am zweiten Verhandlungstage, eine Verständigung herbeizuführen und in freier Vereinbarung den Hauptvertrag wiederum zum Abschluß zu bringen.

In zähen Verhandlungen gelang es den Gewerkschaften, den § 6 des Hauptvertrages aufrechtzuerhalten, welcher über die Sozialleistungen bestimmt, daß Arbeitnehmer, die mehr als 28 Tage krank sind, den Anspruch auf Zahlung eines Zuschlages zum Krankengeld in Höhe von 50 Prozent Lohnes für 10 Arbeitstage haben. Auf einen weiteren Krankheitsfall, der vor Ablauf von 6 Monaten nach Wiederaufnahme der Arbeit eintritt, findet diese Bestimmung keine Anwendung.

Ferner gelang es, die Verschlechterung abzuwehren, daß nur die tatsächlich geleistete Arbeitszeit unter Ausschluß des § 616 des BGB. bezahlt wird. Auch in diesen Fällen bleibt es bei der bisherigen Regelung.

Dagegen mußten die Arbeiter Verschlechterungen in Kauf nehmen, soweit die Höchstzahl der Ferientage und der jährlich eintretende Steigerungssatz in Betracht kommt. Nachdem es den Gewerkschaften im Jahre 1923 gelungen war, die Höchstdauer der Ferien in der Zigarettenindustrie auf 15 Werkstage fest-

zusetzen, war es seit 1925 das Bestreben des Reichsarbeiter-Verbandes, bei jeder Tarifverhandlung eine Herabsetzung der Höchstzahl der Ferientage zu erreichen. Diesem Verlangen konnten die Arbeiter bisher starken Widerstand entgegenzusetzen, so daß es bis zu diesem Jahre noch bei 15 Tagen Höchsturlaub blieb. Angesichts des Umstandes jedoch, daß in diesem Jahre bei vielen Industriegruppen eine Aenderung der Ferien bzw. der Ferienbezahlung durchgeführt worden ist, war keine Möglichkeit vorhanden, etwa für die Zigarettenindustrie die bisherige günstige Regelung aufrechterhalten zu können. Die Vertreter der Arbeitnehmerschaft stimmten daher einer Regelung zu, wonach für die Folge der Höchsturlaub in der Zigarettenindustrie auf 12 Werkstage festgesetzt wird.

Der Grundurlaub beträgt nach wie vor 4 Tage. Bei der Erreichung dieses Grundurlaubs ist gegenüber dem bisherigen Zustand eine Verbesserung eingetreten. Während bisher ein Arbeitnehmer den Anspruch auf 4 Tage Grundurlaub hatte, wenn er am 1. Oktober des vergangenen Jahres in demselben Betriebe beschäftigt war und am 1. April des laufenden Jahres noch in demselben Betriebe in Beschäftigung stand und das Arbeitsverhältnis nicht länger als 4 Wochen unterbrochen war, so hat in Zukunft der Arbeitnehmer, der am 1. April des laufenden Jahres in einem Betriebe beschäftigt ist, dann bereits den Anspruch auf 4 Tage Grundurlaub, wenn er in diesem Betriebe bzw. bei derselben Firma ein dreimonatiges ununterbrochenes Arbeitsverhältnis nachweisen kann. Es braucht also ein Arbeiter nicht bereits am 1. April 3 Monate im Betriebe oder bei der Firma beschäftigt gewesen sein, sondern es ist nur Voraussetzung, daß er am 1. April im Arbeitsverhältnis des betreffenden Betriebes steht. Für jedes weitere Jahr der Beschäftigung in demselben Betriebe bzw. bei derselben Firma steigert sich der Ferienanspruch um je einen Tag (bisher 2 Tage) bis zur Höchstdauer von 12 Werktagen.

Die Anrechnung der Branchenzugehörigkeit bleibt aufrechterhalten und ferner ist die Bestimmung im Hauptvertrag beseitigt, wonach Arbeitnehmer, die ihr Arbeitsverhältnis selbst aufkündigen, keinen Anspruch auf Ferien hatten. In Zukunft erhalten auch solche Arbeitnehmer die ihnen zustehenden Ferien bzw. die Ferienlohnentschädigung. In einer Protokollnotiz ist festgelegt, daß diejenigen Arbeitnehmer, welche infolge der neuen Bestimmungen über die Ferien in den folgenden Jahren weniger Ferientage erhalten würden, als sie im Jahre 1932 gehabt haben, diese Ferientage mindestens weiter bekommen müssen, jedoch nicht über 12 Werkstage hinaus. Dadurch ist vermieden, daß Arbeiter, welche den Höchsturlaub noch nicht erreicht haben, Verschlechterungen hinsichtlich der Zahl ihrer Ferientage erleiden würden.

Der § 5 des neuen Hauptvertrages hat nunmehr folgende Fassung erhalten:

§ 5

Ferien

1. Ferien werden alljährlich allen im Betrieb beschäftigten Arbeitnehmern gewährt in der Zeit vom 1. April bis 30. September unter Fortzahlung des vollen Lohnes nach Maßgabe der nachstehenden Bedingungen:

2. Wer am 1. April des laufenden Jahres im Arbeitsverhältnis desjenigen Betriebes bzw. derselben Firma stand, erhält nach dreimonatigem, ununterbrochenem Arbeitsverhältnis 4 Werkstage Ferien. (S. Protokollnotiz.)

3. Diese Ferien erhöhen sich für jedes vor dem 1. April liegende volle Beschäftigungsjahr in demselben Betriebe bzw. in derselben Firma um je einen Tag bis zur Höchstdauer von 12 Werktagen. Die Zeit der früheren Betriebszugehörigkeit wird nach einer Unterbrechung von 6 Monaten und mehr für den Einzelfall nicht angerechnet. (S. Protokollnotiz.)

4. Tritt ein Arbeitnehmer nach dem 1. April in einen Betrieb, in dem er schon früher beschäftigt war, oder in einen anderen Betrieb derselben Firma wieder in Arbeit, ohne daß die letzte Unterbrechung mehr als 4 Monate betragen hat, so behält er im laufenden Jahre seinen vollen Urlaubsanspruch, nachdem er drei Monate ununterbrochen wieder gearbeitet hat.

5. Den Arbeitnehmern, die mindestens vier Jahre in der Zigarettenindustrie beschäftigt waren, wird beim Stellenwechsel bei der Bemessung der Ferien die halbe Branchenzugehörigkeit angerechnet, wenn seit der letzten Beschäftigung in der Zigarettenindustrie nicht mehr als ein Jahr verfloßen ist.

6. Wer nach dem 1. April und vor dem 1. Juli des laufenden Kalenderjahres neu eingestellt ist, erhält in diesem Jahre für je drei volle Beschäftigungsmonate einen Tag Ferien, doch wird in diesem Falle die halbe Branchenzugehörigkeit nicht angerechnet.

7. Wer innerhalb der Ferienperiode den Betrieb wechselt und bereits seine vollen tariflichen Ferien erhalten hat, kann in dem neuen Betrieb einen Ferienanspruch in dieser Ferienperiode nicht mehr geltend machen.

8. Diejenigen Arbeitnehmer, die in der Zeit vom 1. April bis 30. September entlassen werden, ohne die ihnen zustehenden Ferien erhalten zu haben, bekommen für die ihnen entgangenen Ferien vollen Lohn in entsprechender Anwendung der vorstehenden Bedingungen.

9. Die Berechnung der Lohnvergütung für die Ferienzeit bei Akkord- und Stüchlohnbeschäftigten erfolgt nach dem Durchschnittsverdienst der letzten 4 Wochen, in denen sie voll beschäftigt waren, wobei inzwischen eingetretene tarifliche Lohnänderungen zu berücksichtigen sind.

10. Krankheit oder Arbeitsverhinderung auf Grund behördlicher Verordnung unterbrechen die Beschäftigungsdauer nicht. Arbeitnehmer, die jedoch während der ganzen Dauer der Ferienperiode an der Arbeit verhindert waren, können keinen Ferienanspruch geltend machen.

11. Arbeitnehmer, die auf Grund des § 123 der Gewerbeordnung (mit Ausnahme der Ziffer 8) entlassen worden sind, haben keinen Anspruch auf Ferien, auch wenn sonst die Voraussetzungen für die Bewilligung der Ferien vorliegen.

Bekanntmachungen

Am 3. Sept. ist der 36. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

- 20. August. Minden i. S. 500.—
- 22. Herzheim 28.—
- 23. Frankenberg 400.—
- 24. Frankfurt a. M. 70.—, Magdeburg 400.—
- 27. Nordhausen 300.—, Altküßheim 50.—, Müllchen 115.40, Danzig 200.—
- 28. Dresden 1000.—

Bremen, 30. August 1932. J. Krohn

Gestorben sind:

Am 3. August der Kollege Philipp Dahm, 86 Jahre alt (Zahlstelle Heidelberg).

Am 3. August der Zigarrenmacher Paul Gerstenberg, 78 Jahre alt (Zahlstelle Breslau).

Am 5. August die Zigarrenarbeiterin Olga Ritzken, 47 Jahre alt (Zahlstelle Waldheim).

Am 5. August der Zigarrenmacher Karl Swaczyna, 64 Jahre alt (Zahlstelle Bischofswerda).

Am 6. August die Paderin Margarete Rau, 40 Jahre alt (Zahlstelle Berlin).

Am 7. August der Kollege Heinrich Altemeyer, 53 Jahre alt (Zahlstelle Bünde).

Am 7. August die Tabaklöferin Walpurga Brunner, 89 Jahre alt (Zahlstelle München).

Am 10. August die Zigarrenarbeiterin Frieda Weiser, 85 Jahre alt (Zahlstelle Waldheim).

Am 11. August die Zigarrenarbeiterin Elsa Höfer, 80 Jahre alt (Zahlstelle Döbeln).

Am 14. August der Zigarrenarbeiter Karl Engelbrecht, 22 Jahre alt (Zahlstelle Lübbede).

Am 18. August der Zigarrenarbeiter Peter Paulsen, 73 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).

Am 24. August der Zigarrensortierer Fritz Beckhewe, 83 Jahre alt (Zahlstelle Lübbede).

Ehre ihrem Andenken!

Deutscher

Tabakarbeiter-Verband

Bremen, An der Weide 20.

Fernruf: Amt Domsheide 20 780.

Verbandsvorsitzender: Ferdinand Husung.
Geld- und Einzahlendungen nur an Johannes Krohn, Postfachkonto: 5349, Postfachamt Hamburg. Bankkonto: Bankeileitung der GGG, Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Filiale Bremen.
Ausführungsvorsitzender: Louis Schoene, Hamburg 33, Rübenkamp 82 Spt.

Billige böhmische Bettfedern!



Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue, geschliss. 2.50 M, halbweiße 3 M, weiße 4 M, bessere 5 M, 6 M, dauenerweichende 7 M, 8 M, beste Sorte 10 M, 12 M, weiße, ungeschlissene Rupfedern 6.50 M, 7.50 M, beste Sorte 9.50 M. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245
bei Pilsen (Böhmen)

zeit auf 40 Stunden mit vollem Lohnausgleich verlangt hatten. Hierfür war die Arbeitgeberseite zurzeit nicht zu gewinnen. Die bisherigen Bestimmungen des Hauptvertrages über die Arbeitszeit und die Ueberstunden sowie die Bestimmungen des Zusatzvertrages sind mit geringen Abänderungen aufrechterhalten worden.

Im allgemeinen darf gesagt werden, daß, wenn auch die Kürzung des Höchsturlaubs um 3 Tage für die Arbeitnehmer-schaft der Zigarettenindustrie durchaus schmerzhaft ist, es doch gelungen ist, eine ganze Reihe von weiteren geplanten Verschlechterungen abzuwehren. Die Kollegen-schaft der Zigarettenindustrie hat dann auch unter Berücksichtigung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse den getroffenen neuen Vereinbarungen des Hauptvertrages in allen Orten zugestimmt.

Internationales Arbeitsamt und Vierzigstundenwoche

Am 21. September tritt der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes in Genf zu einer Sondertagung zusammen. Die Tagung gilt der Erörterung eines internationalen Uebereinkommens über die Verkürzung der Arbeitszeit und aller damit zusammenhängenden Probleme.

Im Herbst 1931 hatte die Arbeitergruppe im I.A. bereits einen Vorstoß zur beschleunigten Behandlung der Frage der Vierzigstundenwoche gemacht. Ihr Antrag im Verwaltungsrat des I.A. sollte dem Direktor — damals noch Albert Thomas — die Ermächtigung zur Einberufung einer offiziellen Konferenz der drei Gruppen der Unternehmer, Arbeiter und Regierungen geben. Die Interessierten Staaten sollten zu Beratungen über die Erzielung eines internationalen Abkommens über die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden eingeladen werden. Der Vorschlag wurde jedoch damals mit 8 gegen 6 Stimmen im Verwaltungsrat abgelehnt.

Im April 1932, gelegentlich der diesjährigen Internationalen Arbeitskonferenz, erfolgte dann ein zweiter nachdrücklicher Vorstoß durch den einmütigen Protest fast aller europäischen Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften gegen die schleppende Behandlung der Arbeitszeitfragen in Genf. Aus Deutschland (ADGB. und AfU-Bund), England, Frankreich, Belgien, Holland, Oesterreich, der Tschechoslowakei, Estland und Lettland forderten die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände damals telegraphisch von der 16. Internationalen Arbeitskonferenz, schnellstens internationale Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit zu treffen und insbesondere die Durchführung der Vierzigstundenwoche

und der Arbeitsbeschaffung zu beschließen. Verlangt wurde insbesondere die dringliche Einberufung einer Internationalen Sonderkonferenz, deren Aufgabe die Erzielung einer internationalen Konvention über die Vierzigstunden- bzw. Fünftageswoche als Höchstarbeitsdauer sein sollte.

Unmittelbar darauf starb Thomas. Butler wurde sein Nachfolger. Inzwischen sind bald vier Monate verflossen, die in fast allen Ländern steigende Arbeitslosigkeit brachten, ohne daß ernsthafte Schritte unternommen worden wären, dieser Katastrophe Einhalt zu gebieten. Jetzt hat der Regierungsvertreter Italiens im Verwaltungsrat des I.A. an den Präsidenten des Verwaltungsrats das Ersuchen gerichtet, eine frühere Einberufung des Verwaltungsrates zu veranlassen bzw. eine Sonderkonferenz einzuberufen, was gleichbedeutend ist mit der Wiederholung der Forderungen, die vor fast Jahresfrist bereits von den Gewerkschaftsvertretern erhoben worden sind. Inzwischen ist, wie aus der an der Spitze abgedruckten Meldung hervorgeht, die Einberufung einer Sondertagung des Verwaltungsrats erfolgt.

Jede Beschleunigung in der Erfüllung dieser alten Gewerkschaftsforderungen kann nur begrüßt werden in der Erwartung, daß gerade die Regierungsvertreter sich nicht bei theoretischen Erwägungen aufhalten, sondern die Arbeitergruppe in ihren Bemühungen um das Zustandekommen einer internationalen Vierzigstundenkonvention tatkräftig unterstützen. Das gilt in besonderem Maße von dem Vertreter, den die deutsche Regierung zu entsenden hat.

Die Gewerkschaften sind euer letztes Bollwerk!

Der Gewerkschaftsbewegung der Gegenwart obliegt zurzeit nicht nur die Sorge um die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse, sie kämpft auch um ihre eigene Existenz. Das öffentliche Leben ist erfüllt von dem Streit um die politische Umwälzung. Auf politischem Gebiet hat die Reaktion in Deutschland wichtige Positionen einzunehmen vermocht. Eine aus der Not und den Wirnissen der Zeit gelorene Bewegung gilt als Stoßtrupp gegen mühselige Errungenschaften und ist geeignet, politische Zustände herbeizuführen, die das Ende der Demokratie bedeuten. In diesen von heftigen Zuckungen erschütterten Kämpfen um die politische Neugestaltung ist die Gewerkschaftsbewegung etwas in den Hintergrund getreten. Obwohl auch ihre Zukunft durch die Machtübernahme der politischen Reaktion mehr oder weniger erschüttert ist, wird ihr die Aufmerksamkeit nicht entgegengebracht, die sie ihrer Bedeutung gemäß haben muß. Es ist sicher kein Zufall, daß der Bundesvorstand und Bundesauschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, zu einer Zeit, als der Reichstagswahlkampf auf der Höhe angelangt war, einen Aufruf an die Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands erließ, der u. a. folgende dringende Mahnung enthielt:

Der Kampf um die Rechte und die Interessen der Arbeiterklasse ist mit der Reichstagswahl nicht beendet. Er wird in verschärfter Form andauern und mit gesteigerter Kraft geführt werden müssen. Dazu sind mehr denn je starke Organisationen notwendig. Wollt ihr den Kampf um eure Zukunft bestehen, neue Gefahren abwehren, die unter dem schweren Druck der Wirtschaftskrise verlorenen Stellungen zurückgewinnen, dann stärkt die Gewerkschaften! Beantwortet die

Angriffe gegen die verfassungsmäßige Ordnung und das demokratische Recht damit, die Kräfte der Organisationen für die entscheidende Stunde zu höchster Leistungsfähigkeit zu steigern. Jeder werbe von heute ab mit verstärktem Eifer neue Mitglieder für seinen Verband.

Der Bundesvorstand des ADGB hat diese Mahnung und Warnung aus genauer Kenntnis der Verhältnisse an die deutsche Arbeiterschaft ergehen lassen. Es besteht durchaus die Gefahr, daß nach vollständiger Einnistung der Reaktion in der Politik ein verstärkter Ansturm gegen die Gewerkschaften einsetzt. Das Unternehmertum wird dabei Hilfestellung leisten. Aus dem Wetterwinkel der meistdeutschen Schwerindustrie werden bereits Forderungen laut, die auf eine vollständige Beseitigung der Gewerkschaften als Kampfesorganisationen hinzielen. Die deutschen Gewerkschaften sollen zu Organen der Arbeitsgemeinschaft unter Führung des Unternehmertums gemacht werden. Nach dem siegreichen Eindringen der Reaktion in die Politik soll die wirtschaftliche Stellung der Arbeiterschaft untergraben werden. Das sind die Ziele aller dunklen Elemente in Deutschland.

Es braucht an dieser Stelle nicht auseinandergelegt werden, was die Gewerkschaftsbewegung für die Arbeiter und Angestellten bedeutet. In den 14 Jahren nach Kriegsende haben sie Leistungen vollbracht, die spätere Geschlechter als Großtaten ersten Ranges bezeichnen werden. Die gewerkschaftlichen Organisationen sind für das gegenwärtige Wirtschafts- und Kulturleben schlechthin undenkbar. Unter den Erwerbstätigen in Deutschland bilden die Arbeiter und Angestellten weitaus die Mehrzahl. Zer-

splittert sind diese Millionen rein gar nichts, organisatorisch zusammengefaßt bilden sie erst eine Macht. Die gewerkschaftlichen Organisationen bedeuten eine unbändige Kraft zur Kultur. In ihnen verkörpert sich das Zum-Licht-Drängen der im Dunkeln stehenden Volksmassen, die in einer kapitalistischen Wirtschaft den wertvollsten Bestandteil bilden. Die bewußte Betonung der gesamten Arbeiterklasse als Machtfaktor bildet ihre unverzichtbare Stärke.

Das gewerkschaftliche und kulturelle Selbstbewußtsein ist nichts anderes als die Befreiung des Persönlichkeitsempfindens der arbeitenden Massen von Unwissenheit und Unkultur. Die einfache Tatsache, täglich für Wirtschaft, Staat und Volk wertvoll tätig zu sein, berechtigt nicht allein zum Selbst- und Persönlichkeitsbewußtsein. Es muß eine Kraft dahinterstehen, die dies mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringt. Es wäre ein geradezu unerträglicher Kulturzustand, wenn so große Volksteile, wie es die Lohn- und Gehaltsempfänger innerhalb der modernen Volkswirtschaft sind, nicht kraftvoll empordrängten und persönliche, wirtschaftliche und kulturelle Anteilnahme auf allen Gebieten des Lebens forderten. Diese wenigen grundsätzlichen Bemerkungen dürften jeden Arbeiter und Angestellten klar zum Bewußtsein bringen, daß die erdumspannende Bewegung der Gewerkschaften im Wirbel der Zeit nicht zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt werden darf.

Und so sollte jedes Gewerkschaftsmitglied zu einem eifrigen Kämpfer für seine Ideen und seine Organisation werden. Wo anders sollen die in Fabriken, Werkstätten, Bauplätzen und Büros zerstreuten Arbeitermassen noch eine Ver-

Ueber die Geschichte der Tabakspfeife

Von Karl Dopf
(Schluß)

Mutmaßlich haben die Römer die Sitte des Rauchens von anderen Völkern, vielleicht aus dem Orient übernommen, wo sie schon früher üblich gewesen sein mag. An sich dürfte das Bedürfnis der ganzen Menschheit nach dem Genuß des Rauchens schon zu allen Zeiten eigentümlich gewesen sein und auf diese oder andere Art bei allen Völkern seine Befriedigung gefunden haben. Schon Herodot erzählt von den Skyten, daß sie ein nicht näher bekanntes Kraut auf Kohlen geworfen und den Rauch desselben eingeatmet haben. Dasselbe wird auch von den Thracern berichtet.

Bei den westlichen Völkern Europas hat man zwar im Mittelalter, bis zur Einführung des Tabaks, die Gewohnheit des Rauchens nicht gekannt. Jedoch

mit dem Bekanntwerden des Tabaks war auch der Siegeslauf der Tabakspfeife nicht mehr aufzuhalten. Trotz harter Strafen und Verbote, mit denen man den Tabakgenuß in verschiedenen Ländern zu bekämpfen suchte, wurde dem Genuß eines Pfeisens Tabaks im geheimen gefröhnt, und wenn auch bis zum Jahre 1848 fast in allen Städten Europas das öffentliche Rauchen noch verboten war, so fand man sich doch um so leidenschaftlicher in eigenen Abendgesellschaften zusammen, um bei gemütlicher Kurzweil und Unterhaltung ein Pfeischen Tabak zu rauchen. Von dem berühmten Tabakskollegium des Königs Friedrich Wilhelm I. von Preußen, auf dem sich Staatsmänner, hohe Offiziere, Gelehrte und Bürger zusammensanden, um jeden Abend um fünf Uhr aus tönernen Pfeisen zu rauchen, ist bekannt, daß diejenigen, welche nicht rauchten, wenigstens die Pfeife in den Mund nehmen mußten.

Ueber die älteste Tabakspfeife in Deutschland, die mehr als drei Jahrhun-

derte alt ist, hat sich folgende Geschichte und Beschreibung erhalten. Die Pfeife stammt aus dem Jahre 1602 und stellt eine sogenannte „kurze Pfeife“ dar, die aus vier Teilen zusammengesetzt ist. Sie ist von kunstfertiger Hand geschnitten und hat ein Rohr, das am oberen Ende ein verlängertes Aststück aufweist, das als Mundstück dient. Pfeifenkopf, Deckel und Abguß, sind aus je einem astigen Holzstück herausgearbeitet. Sechs sauber geschnitzte Köpfe verzieren sie. Die Jahreszahl der Herstellung ist eingeschrieben. Mit dieser Pfeife soll der Herzog Christian von Braunschweig-Lüneburg-Celle den ersten von ihm selbst in Rechtenfleth an der Weser gezogenen Tabak geraucht haben. Während des Dreißigjährigen Krieges schenkte der Herzog die Pfeife einem Marschbauern, dem er zu Dank verpflichtet war. Jahrhunderte hindurch vererbte sich das teure Andenken in der Familie des Landwirtes fort, bis sie gegen das Ende des vorigen Jahrhunderts in den Besitz des Dichters Hermann Allmers gelangte, der sie nach seinem

halten als bei den Gewerkschaften. Die Lohn- und Gehaltsempfänger zählten so lange zum vierten Stand der Gesellschaft, als sie sich ihrer Klassenlage noch nicht bewußt waren und sich noch nicht in Gewerkschaften zusammengeschlossen hatten. Mit Zuckerbrot und Peitsche suchte man die immer mehr anschwellende Masse der Hand- und Kopfarbeiter niederzuhalten. Erst als die Gewerkschaften entstanden und so weit erstarkten, daß sie beachtet, anerkannt und als Macht gewertet werden mußten, verbreitete sich langsam die Einsicht, daß hier die stärksten Kraftquellen der modernen Volkswirtschaft verankert liegen. Es ist ein trauriges Zeichen der Zeit, daß die gewaltigen Klassenkämpfe der letzten Jahrzehnte das Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft nicht in eine Klassenmacht derselben zu verwandeln vermochten. Daraus ergibt sich, wie schwierig es ist, in Zeiten wirtschaftlicher Depressionen einfach erscheinende Dinge zum Bewußtsein größerer Menschenmassen zu bringen.

Das schlimmste, was der deutschen Arbeiterschaft passieren könnte, wäre eine vollständige Lähmung der innerlich so gefunden gewerkschaftlichen Kraft. Wir wollen hoffen, daß dies der Reaktion nicht gelingt. Wir hegen aber auch die Hoffnung, daß die Hand- und Kopfarbeiter von sich aus die Bedeutung ihrer geschichtlichen Mission in dieser Stunde kennen. Mehr als sechs Jahrzehnte kämpft die deutsche Gewerkschaftsbewegung um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Beachtliche, selbst vom Optimisten nicht erhoffte Erfolge sind errungen worden. Die Gewerkschaftsbewegung hat aber eine noch größere Zukunftsaufgabe zu erfüllen. Sind die Trümmer dieser gewaltigen Wirtschaftskrise einmal weggeräumt, dann geht es darum, das Tarifwesen wieder vollständig neu aufzubauen, dann erwächst die gewerkschaftliche Pflicht, der Arbeiterklasse Deutschlands die Rechtsbasis wieder zu ver-

schaffen, auf der allein ein einigermaßen erträgliches Kulturleben möglich ist. Deutschland gleicht zurzeit einem Herkuleskessel. Die Gegenrevolution scheint ihren höchsten Gipfel erreicht zu haben. Doch weiß man nicht, was die nächsten Wochen noch bringen. Es ist durchaus möglich, daß das Koalitionsrecht mit gesetzlichen Mitteln verkümmert werden soll. Das wäre eine schwere Schlappe für die deutsche Arbeiterschaft. Die deutschen Arbeiter und Angestellten sollten deshalb die

Zeitgeschichte nicht nur verstehen, sondern auch zu lenken in der Lage sein. Die Gewerkschaften sind neben der politischen Bewegung der Haupthebel, mit Hilfe dessen der Pendel der Gegenrevolution aufgehalten werden kann. Deshalb die Bitte und Mahnung: Laßt die gewerkschaftlichen Organisationen nicht im Strudel der Zeit versinken, sondern bedient euch ihrer mit unbeugsamer Energie zum Wohle des arbeitenden Volkes.

Strukturwandlung einer Weltindustrie

Eine Weltindustrie von nicht geringer Bedeutung ist die Lokomotivindustrie. Diese hat gegenüber der Vorkriegszeit eine tiefeinschneidende Wandlung durchgemacht. Die Gesamtzahl der bei den Eisenbahngesellschaften der Erde laufenden Lokomotiven beträgt nach der „Vossischen Zeitung“ 250 000. Die Lokomotivfabriken aller Länder haben zusammen eine Leistungsfähigkeit von 30 000 bis 40 000 Maschinen im Jahr. Davon entfallen auf USA. 12 000, auf Deutschland 6000 bis 7000, auf Großbritannien ebensoviel und der Rest entfällt auf die übrigen Länder. Bemerkenswert ist vor allem, daß heute Länder auf dem Weltmarkt als Konkurrenten auftreten, die vor dem Kriege überhaupt keine Lokomotivfabriken hatten. Eine Reihe von Kleinstaaten erscheinen mit Kampfpreisen auf dem Weltmarkt und vermehren die Konkurrenz. Die Tschechoslowakei z. B. hat erst nach dem Kriege eine Lokomotivindustrie aufgebaut. Am bedeutendsten sind die Skodawerke in Pilsen, die die tschechischen Staatsbahnen vollkommen beliefern und in Indien, Ostasien und anderswo als Konkurrenten auftreten. Auch Polen versucht Lokomotiven zu exportieren. Sogar Dänemark und Ungarn traten als Konkurrenten auf dem Weltmarkt auf. Von den vier Lokomotivfabriken des alten Oesterreich, die alle im Bereich des heutigen Deutsch-

Oesterreich liegen, hat nur eine die Krise überstanden. Japan zählte vor dem Kriege zu den importierenden Ländern. Jetzt hat dieses Land die europäische und amerikanische Konkurrenz aus Ostasien fast vollständig verdrängt. Nunmehr tritt auch noch Rußland als Großproduzent auf. Nicht weniger als sechs Lokomotivfabriken sind bereits fertig oder im Bau begriffen. Eine siebente ist in Sibirien geplant. Diese Werke sollen im Jahr 2000 Lokomotiven herstellen. Diese Angaben zeigen, wie sich die Lokomotivindustrie der Welt gewandelt hat. England, Deutschland und die Vereinigten Staaten als die alten Großproduzenten von Lokomotiven waren allein in der Lage, den gesamten Weltbedarf zu decken. Sie müssen ihre Industrie auf ein Minimum reduzieren. Von den ehemals 22 deutschen Lokomotivfabriken bestehen zurzeit nur noch 9, die ebenfalls ganz unzureichend beschäftigt sind. Die Reichsbahn hat nur einen Auftrag von 121 Maschinen vergeben bei einer Leistungsfähigkeit von über 6000. Die amerikanische Industrie ist auf eine Produktion von 12 000 Lokomotiven eingestellt, während im Jahre 1930 nur 265 erzeugt wurden. Ähnliche Verhältnisse sind in England festzustellen. Ein ehemals wichtiger Industriezweig der Industrieländer ist somit fast zum Aussterben verurteilt.

Tode einem seiner Freunde, dem Fabrikanten Dobert in Luderstadt im Eichsfelde, vererbte.

Zur Herstellung von Tabakspfeifen wurde von jeher recht verschiedenartiges Material benutzt. Am gebräuchlichsten haben sich jedoch Pfeifen aus Ton, Holz und Porzellan eingebürgert. Auf eine merkwürdige Erfindung kam im Jahre 1723 der Pester Schuhmacher Karl Romatsch, der ein geschickter Holzschneider war, und als er vom Grafen Andrássy ein Stück Meerschaum zum Geschenk erhielt, den Versuch machte, daraus eine Pfeife zu schnitzen. Der Versuch gelang und führte zur Erfindung der später so beliebt gewordenen Meerschaumpfeifen. Diese erste Pfeife Romatschs soll sich heute noch in einem Museum von Budapest befinden. Allerdings waren Meerschaumpfeifen im Anfang sehr teuer, so daß sie nur von den Reichsten unter dem europäischen Adel geraucht wurden. Bald aber wurde auch aus der Herstellung von Meerschaumpfeifen eine eigene Industrie, und die sogenannten Ulmer Köpfe waren

schon in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts auch in der allgemeinen Bevölkerung weit verbreitet. Ganz enorm hat sich jedoch die Industrie der Ton-, Holz- und Porzellanpfeifen entwickelt. Allein die Produktion der sogenannten Goudaler Pfeifen (holländische Tonpfeifen) wurde im Jahre 1867 bereits auf 60 Millionen Stück jährlich geschätzt. Tonpfeifen wurden ferner in großen Mengen um dieselbe Zeit schon in Ungarn, in Serbien und anderen Ländern der unteren Donau hergestellt. Der Hauptsitz der Porzellanpfeifenindustrie hat sich sehr bald im Thüringer Wald entwickelt und ist ebenfalls schon im vorigen Jahrhundert zu großer Entfaltung gelangt. Ein sehr großer Verbraucher europäischer Tabakspfeifen ist Amerika, das trotz der erheblichen eigenen Erzeugung die Einfuhr der letzten Jahre ständig gesteigert hat. Während im Jahre 1918 erst für 133 000 Dollar Tabakspfeifen in den Vereinigten Staaten eingeführt wurden, steigerte sich diese Einfuhr im Jahre 1920 bereits auf 693 000 Dollar,

dann weiter bis zum Jahre 1923 auf 1,66 Mill. Dollar und 1927 sogar auf über 2,21 Mill. Dollar. Hinzu kommt, daß die eigene Pfeifenindustrie Amerikas im Jahre 1927 23 Fabriken umfaßte, gegen 47 Fabriken im Jahre 1914.

Aus diesen wenigen Beispielen ersehen wir, daß die historische Entwicklung der Tabakspfeife nicht allein interessant ist, sondern daß dieser für den Tabakgenuß so wichtige Gebrauchsgegenstand zu einer Industrie geführt hat und zu einem Handelsgegenstand geworden ist, der Tausenden von Menschen auch das tägliche Brot gibt.

Frauen gestalten ihr Leben

Jahr um Jahr fließt ein neuer Strom junger Mädchen in Warenhäuser und Büros. Viele werden abgewiesen, denn der Bedarf an weiblichen Angestellten

Schützt die Konsumvereine!

Alle Dunkelmänner, Mittelständler und was zu dieser Clique gehört, frohlocken: die Konsumvereine sind in Gefahr!

Zwar sind die Konsumvereine nicht mehr gefährdet als andere Wirtschaftszweige und -unternehmungen, aber eingetretene Schwierigkeiten bei einzelnen Konsumgenossenschaften genügen schon, um die ganze Bewegung als gefährdet anzusehen. Was liegt der neuerlichen Heße gegen die Konsumvereine zugrunde? In Berlin ist der Beamten-Wirtschaftsverein, eine bürgerliche Konsumgenossenschaft, der hauptsächlich Beamte angehören und die dem christlichen Konsumverein nahestand, zusammengebrochen. Dieser an sich durchaus begreifliche und in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründete Fall hat naturgemäß einig Aufsehen in der Öffentlichkeit hervorgerufen. Namentlich wurden die Gegner der Bewegung dadurch auf den Plan gerufen. Diese gingen natürlich daran, den Zusammenbruch eines gemeinnützigen Unternehmens gehörig auszuschlachten. In die Reihen der Konsumvereinsmitglieder wurde ebenfalls eine gewisse Unruhe hineingetragen und gesüßlich genährt. Man begann die Spargelder abzuheben oder zu kündigen und traf damit die Konsumgenossenschaften an der empfindlichsten Stelle. Wenn die einzelnen Konsumvereine seit einem Jahr, also seit dem Bankencrash, Riesensummen zur Auszahlung brachten, so mußten sie einmal knapp an flüssigen Mitteln werden. Die öffentlichen Sparkassen haben verhältnismäßig weit weniger von ihren Einlagen zur Auszahlung bringen müssen und sind überdies durch reichliche Hilfe seitens der Reichsbank und des Staates befähigt worden. Es war ein gutes Recht seitens der Konsumgenossenschaften, wenn sie die Hilfe des Reiches oder öffentlicher Organe für sich ebenfalls zu mobilisieren suchten. Darob großes Geschrei. Die Mittelständ-

ler, voran die Hauptgemeinschaft des Einzelhandels, protestierten durch Eingabe an die Regierung und durch Inzenerierung einer öffentlichen Heße. Man hat nichts dagegen einzuwenden gehabt, daß das Reich Tausende von Privatunternehmungen, viele landwirtschaftliche und andere Genossenschaften mit beträchtlichen Geldmitteln über die Krise hinwegzubringen suchte, aber die Konsumgenossenschaften mit dem gleichen Maß messen — ja Bauer, das ist doch etwas anderes.

Die durch die Wirtschaftskrise hervorgerufenen Schwierigkeiten, in die auch die Konsumgenossenschaften geraten sind,

bildet der Untergrund einer Heße gegen letztere. Desto fester müssen alle Arbeiter, Angestellte und Beamten sich schützend vor ihre eigenen Unternehmungen stellen. Schwächung derselben bedeutet eine verlorene Schlacht in dem großen Ringen zwischen Fortschritt und Reaktion. Eine empfindliche Schlappe der Konsumvereinsbewegung ist eine Niederlage, die erst in Jahrzehnten wieder ausgeglichen werden könnte. Es steht außerordentlich viel auf dem Spiel. Das wird schon deutlich durch die Anstrengungen der Gegner bewiesen. Aus alledem die dringende Mahnung: schützt euern Konsumverein!

Die überflüssigen Aufsichtsräte

Daß die Institution der Aufsichtsräte bei den Aktiengesellschaften nicht dem entspricht, was man sich allgemein darunter vorstellt, ist eine nicht erst in letzter Zeit gewonnene Erkenntnis. Die großen Wirtschaftsskandale bei dem Frankfurter Versicherungskonzern, bei Nordwolle und bei vielen anderen wären nicht so in die Breite gewachsen, wenn die Herren Aufsichtsräte sich um die Kontrolle der betreffenden Unternehmungen gekümmert hätten. In Nr. 33 nimmt auch die „Neue Börsen-Zeitung“ zu dieser Frage Stellung und schreibt dazu u. a.:

Immer wenn Nachteiliges über ein Unternehmen verlautet, stellt sich heraus, daß der Aufsichtsrat entweder Ja und Amen zu der Tätigkeit des Vorstandes sagt, oder überhaupt von nichts wußte. Bestenfalls hat er einige oberflächliche Verwarnungen erteilt, ohne zu prüfen, ob sich der Vorstand danach gerichtet hat. So war es z. B. bei der Hirsch Kupfer- und Messingwerken AG. Man darf wohl behaupten, daß die Gesellschaft nicht schlechter dagestanden hätte, wenn sie ohne Aufsichtsrat geblieben wäre. Ähnliches kann von der Mechanischen Weberei Linden gesagt

werden. Es ist geradezu unglaublich, wie ungeheuerlich bei diesem Unternehmen gesündigt wurde. Hier hat der Aufsichtsrat einfach alles kritiklos mitgemacht, was der Generaldirektor unternahm. Ein gut rentierendes Unternehmen wurde durch eine ungeitgemäße Expansion vollständig ruiniert. Der Aufsichtsrat fand alles wunderschön und verschaffte der Gesellschaft sogar noch die Millionenkredite, an denen sie jetzt zugrunde ging. Ja, er bewilligte sogar dem tüchtigen Generaldirektor ein Jahreseinkommen, das den Zinsen eines mehrfachen Millionenvermögens entsprach. Ohne jeden Wert war auch die Tätigkeit der Karstadt-Gesellschaft. Man muß sich wirklich fragen, wie ein Aufsichtsrat eine solche Mißwirtschaft, wie sie gerade bei dieser Gesellschaft zutage getreten ist, jahrelang zulassen konnte. Nicht weniger als 35 Millionen Mark beträgt der Jahresverlust...

Diese wenigen Beispiele und ihre entsprechende Kritik zeigen einen Uebelstand in der kapitalistischen Wirtschaft. Die Institution der Aufsichtsräte ist bestenfalls als eine Dekoration zu werten, hinter der allerhand dunkle Geschichten getätigt werden können.

ten ist geringer als die Nachfrage. Aber wenn man von der augenblicklichen katastrophalen Lage auf dem Arbeitsmarkt abstrahiert, so scheint es doch, als ob eine sehr tüchtige Stenotypistin, eine gewandte, geschickte Verkäuferin und eine sehr gut rechnende und kaltblütige Kaffeterin Erfolgsmöglichkeiten in der Tasche habe, die in anderen Frauenberufen weit spärlicher zu finden sind.

Diese Erfolgs- und damit Aufstiegs-möglichkeit beschränkt sich allerdings auf einen verhältnismäßig kleinen Prozentsatz. Im Durchschnitt gesehen sind die meisten zufrieden, wenn sie nur ihren Posten halten können und damit die Möglichkeit haben, ihr Brot zu verdienen. Und vor allem heute, da Millionen aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet sind, vergeht auch der fähigsten und begabtesten Angestellten die Luft, freiwillig ihre Stellung aufzugeben, in der Hoffnung, anderswo besser unterzukommen.

Aus einer Umfrage, die vor etwa zwei Jahren erlassen wurde, ergab sich

daß nahezu die Hälfte aller Einsenderinnen angab, daß sie ihren Beruf bisher nicht gewechselt hätten. Gewiß hängt das in sehr vielen Fällen mit dem Durchschnittsalter der Angestellten zusammen, das etwa 20 bis 25 Jahre betrug. Aber auch aus den übrigen Antworten war zu entnehmen, daß nahezu ein Viertel der weiblichen Angestellten sechs bis zehn Jahre in der gleichen Stellung blieb.

Um so interessanter ist es, einmal dem kleinen Prozentsatz nachzuspüren, der es durch eigene Kraft und Tüchtigkeit, verbunden mit günstigen Umständen, verstanden hat, irgendeine soziale Aufstiegs-möglichkeit zu ergreifen. Da wird gerade in unserer unmittelbaren Gegenwart das Schicksal einer jungen, deutschen Verkäuferin bekannt. Jahrelang stand sie hinter dem Ladentisch, träumte sehnsüchtig von der weiten Welt und hoffte auf irgendeine Gelegenheit, ihre Stellung zugunsten einer besseren zu vertauschen. Endlich unternahm sie das Wagnis, bei einer großen Schiffahrtslinie um Verwendung zu bitten. Sie wollte ein Ge-

schäft auf einem großen Ozeandampfer einrichten. Sie sei gesund, tüchtig und habe Organisations-talent. Zuerst allgemeines Kopfschütteln. Ausgeschlossen! Das sei etwas für Männer, aber doch nicht für junge Mädchen! Die würden ja beim ersten Seegang todkrank! Aber die junge Angestellte ließ nicht nach, und — dem Mutigen hilft das Glück! — sie erhielt vertretungsweise eine Stelle als Geschäftsführerin. Sie bewährte sich glänzend und die Folge war, daß sie eine selbständige Stellung bekam und nun mit Feuereifer und Geschick auf der Fahrt nach Amerika, nach Indien, nach dem Nordland ihre Waren an die Passagiere verkaufte und dabei die halbe Welt und ungezählte Menschen kennenlernte. Ihr eiserner Fleiß — sie hatte mehrere Sprachen gelernt — ihre Willenskraft und Geschicklichkeit hatten sich gelohnt.

Noch abenteuerlicher muten die Lebensschicksale einiger Frauen an, die als Stenotypistinnen tätig waren. Ihre Arbeit war nicht immer sehr anregend. Meist bestand sie darin, Rechnungen,

Der Verband und der Sinn der Geschichte

Es gibt bekanntlich viele Persönlichkeiten in der Geschichte, die von bestimmender Bedeutung für die Kultur gewesen sind. Sie beeinflussten die Zeit kulturell entscheidend.

Wie wäre es nun mit diesen Köpfen geworden, wenn sie in einer anderen Zeit gelebt hätten? Wenn zwei führende Geister, von denen der eine dem anderen beeinflusst hat, in umgekehrter Folge gelebt hätten, also etwa Fichte vor Kant, Marx vor Hegel?

Es ist gewiß, daß in der Denkweise, der Art der Begründung neuer Ideen dann manches anders gewesen wäre. Aber im großen wäre die Persönlichkeit die gleiche gewesen, wenn der Unterschied in der Zeit nicht zu stark gewesen ist.

Das Wesentliche, das Bestimmende für einen geistigen Kopf ist die Zeit, in der er geboren. Es ist nicht so, wie man im 18. Jahrhundert geglaubt hat, daß eine schöpferische Persönlichkeit durch ihre angeborene Naturanlage ein für allemal festgelegt sei. Das wird heute allgemein anerkannt, daß die Zeit, die Umwelt, die Gesellschaft einen geistigen Kopf gebiert und trägt.

Marx wäre damit auch ohne Hegel geworden, so wie er geworden ist. Aber niemals konnte Marx etwa im 17. Jahrhundert sein. So wie Goethe im 15. Jahrhundert gar nicht sein konnte und Luther nicht um das Jahr 1000. Jede Persönlichkeit wird aus der jeweiligen Zeit, ihrem Suchen, ihrem Bedürfnis herausgeboren.

Das ist ein Grundgedanke von wesentlicher Eigenart, der heute allgemeine Anerkennung gefunden hat. Nur was sich daraus praktisch, sozial ergibt, das ist noch nicht allgemeines Erkenntnisgut.

Das eine hatte auch Goethe erkannt: er wußte, daß jeder Geist um so größer ist, je mehr er im Volke die Vorbedingung findet. Und so sagte er, daß das Genie um so mehr gefördert wird, je mehr eine Zeit selber Genie hat.

Wenn eine „Zeit“ aber einen Mann hervorbringt, der dieser Zeit in hervorragender Weise zu dienen berufen ist, dann muß diese „Zeit“ auch frei sein. Dann muß die Umwelt demokratisch gestaltet sein. Dann müssen die Massen die Möglichkeit und die Fähigkeit haben, die Idee aufzunehmen und zu erzwingen.

Aber wie war es bisher? Die Ideenträger wurden geknebelt. Zensur sorgte für gemalsame Niederhaltung der Idee. Selbst ein so wunderbares klassisches Buch wie Hölderlins „Hyperion“, das man heute allgemein feiert, stand in Wien vor 100 Jahren auf der Liste der polizeilich verbotenen Bücher. Gar Goethe schien zuerst staatsgefährlich zu sein. Fröbel floh in die Schweiz, Marx nach England. Die Zeit hatte Köpfe geboren, aber die gleiche Zeit suchte die Schöpferkraft dieser Köpfe lahmzulegen. So war es bis in die neueste Zeit.

Die Zeiten haben aber ein Anrecht auf die führenden Geister. Die Freiheit ist die Voraussetzung für die volle Erfüllung der Zeit. Die Demokratie ist die Vorbedingung dafür, daß eine Zeit sich ganz in ihrer Eigenart entfalten kann.

Die Idee unserer Zeit ist die Idee sozialer Freiheit und sozialen Glücks, die Idee der Gemeinschaft. Und die Zeit hat uns auch die nötigen Köpfe geschenkt, diese Idee zu begründen und auszubauen. Da gilt es, dieser Idee auch den Boden zu erhalten, auf dem sie in Freiheit und zu Größe gedeihen kann. Dann nur erfüllt die Zeit ihren Sinn.

Die Freiheit ist die erste Vorbedingung für die Kultur. Und in dieser demokratischen Freiheit der freien Zusammenschluß aller überzeugten Menschen! Wir leisten den größten Dienst an Volk und Zukunft, wenn wir im Sinne des geistigen Sinns der Geschichte die demokratische Freiheit erhalten und in ihr die Freiheit einer starken, großen Bewegung, die die Idee der Zeit zum Siege führt.

Dr. Gustav Hoffmann.

Zeichen der Zeit!

Das Arbeitsangebot eines Nazi-Arbeitgebers

Der Gutsherr auf Rochow im Kreise Liebenwerda wollte einen neuen Handwerker einstellen und annoncierte deshalb im Kreisblatt: Ein Gutstischler gesucht. Da offene Stellen heutzutage auch auf dem Lande zu den Seltenheiten gehören, meldeten sich auf dieses Inserat 33 Bewerber, die sich bei dem Gutbesitzer vorstellten.

Nicht wenig erstaunt aber waren sie allesamt, als sie von dem Gutsgewaltigen erfuhren, daß Vorbedingung ihrer Einstellung unter anderem ihre Zugehörigkeit zur NSDAP oder mindestens zum Stahlhelm sei, daß er außer Beköstigung keinen Lohn zahlen könne und daß sie sich ihr Bett von zu Hause mitbringen müßten. Unter diesen Umständen nahm natürlich keiner der Bewerber die Stellung an. Sie alle hatten ihr Geld verfahren, ohne daß auch nur einer Arbeit bekommen hätte.

Brutaler kann wohl niemand den Versuch unternehmen, die Not der Arbeitslosen auszunutzen, als es dieser Gutbesitzer tat. Bei dieser Einstellung nimmt es beinahe wunder, daß dieser Herr von den Arbeitern nicht noch die Zahlung einer Prämie für eine eventuelle Einstellung verlangte.

Es ist nicht Zufall, daß dieser Arbeitgeber ein begeisterter Anhänger und Verehrer Hitlers ist. Durch sein Angebot an die Arbeiter hat er bewiesen, was er von einer Herrschaft Hitlers und seiner Partei erwartet. Nämlich die Möglichkeit, die Arbeiter schamlos und brutal ausbeuten zu können. Das ist die Hoffnung, die alle Arbeitgeber auf die Nazi-partei setzen und weshalb sie sie unterstützen.

Alle Arbeiter sollten daraus endlich die Folgerung ziehen und sich mit Ekel von der Partei abenden, die sich nur Arbeiterpartei nennt, um die Arbeiter besser einfangen zu können.

Wahnungen, Quittungen, Empfangsbefestigungen und andere gleichgültige Korrespondenzen zu führen. Aber gerade diese äußerlich kleine Stellung war der Ausgangspunkt ihres Aufstiegs. So erzählt die Leiterin des englischen Frauen-Ingenieurvereins, wie sie als Stenotypistin bei einem Ingenieur eintrat. Sie hatte nur geringe Schulbildung, wenig Geld, aber den Willen und die Fähigkeiten, etwas zu arbeiten. Sie bildete sich selbst weiter, sie las in den Abendstunden, sie besuchte Kurse und war bemüht, ihren Gesichtskreis so weit als irgendmöglich zu spannen. Als sich ihr die Möglichkeit bot, eine selbständige Stellung zu erhalten, griff sie zu und wurde bald eine der führenden Frauen, die den jungen, heranwachsenden weiblichen Angestellten Anregungen und Kampfesmut gab, aus der eigenen Lebenserfahrung heraus.

Noch verzweigter war der Lebensweg der Frau des kürzlich verstorbenen berühmten Schriftstellers Edgar Wallace, die heute Leiterin der Theatergesellschaft

ten ist, von denen die Werke des Dichters aufgeführt werden. Sie begann als einfache Sekretärin, erwies sich aber so tüchtig und selbständig, daß sie bald daran dachte, ihre Stellung zu wechseln. Sie schrieb an den Dichter Wallace und bat um Verwendung. Wallace nahm sie als Sekretärin, die nach seinem Diktat seine Dramen schrieb. Menschliches Verstehen und Können baute bald eine Brücke zwischen beiden geistig hochstehenden Menschen. Sie heirateten, aber auch nach der Eheschließung blieb sie seine beste Sekretärin und seine Mitarbeiterin, deren Tätigkeit ihm unentbehrlich war. In einem Rückblick auf ihr Leben schreibt Frau Wallace, daß sie, wenn sie noch einmal jung wäre, wieder als Sekretärin eines kleinen Büros beginnen möchte und von dort dann mit aller Kraft versuchen wollte, sich selbst emporzuarbeiten. Allerdings fügt sie hinzu, daß die Stellung der Stenotypistin und Sekretärin an sich nicht gerade viele Aufstiegsmöglichkeiten biete, und damit spricht sie zweifellos die Wahrheit für

die große Mehrzahl aus. Es ist leider einer der größten Mängel des weiblichen Berufslebens, so wie es heute noch ist, daß Frauenarbeit in überwiegendem Maße gering bezahlte, rein mechanische Arbeit ist, die viel zu wenig Möglichkeiten der Verbesserung und des wirtschaftlichen und sozialen Aufstiegs bietet.

Um so bewundernswerter aber ist es, wenn es einzelnen gelingt, diese straff gezogene, eiserne Berufskette zu durchbrechen.

Überall in den gehobenen Berufen der Wirtschaft und der sozialen Betreuung wie in der Politik gibt es heute Frauen dieser Art, dieser Lebensauffassung, die ihren Aufstieg zur Führerin ihrem Willen und Können verdanken und die trotzdem den kameradschaftlichen Zusammenhang mit ihren Schwestern der breiten Massen nicht verlieren.

